



Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (AB Stipendienverordnung)

vom 13. Januar 2021
mit Änderungen bis 22. Juni 2022

Der Stadtrat,

gestützt auf die Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (Stipendienverordnung) vom 28. Oktober 2020¹,

*beschliesst*²:

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Das Laufbahnzentrum vollzieht die Stipendienverordnung und diese Ausführungsbestimmungen, soweit nicht Dritte zuständig sind. Zuständigkeit

Art. 2 Die Bestimmungen der Verordnung über die Ausbildungsbeiträge (VAB)³ sind ergänzend anwendbar, soweit die Stipendienverordnung oder die vorliegenden Ausführungsbestimmungen keine abweichenden Bestimmungen vorsehen. Anwendbarkeit
VAB

B. Bemessung

Art. 3 ¹Personen mit Anspruch auf ein Stipendium gemäss § 17 h Bildungsgesetz (BiG)⁴ erhalten keine Ausbildungsstipendien. Ausbildungsstipendien
a. Allgemein

²Bei Personen mit Anspruch auf ein Stipendium mit erhöhter Eigenleistung gemäss § 17 i BiG bemisst sich das Ausbildungsstipendium nach der Differenz zwischen dem kantonalen Stipendienanspruch und dem finanziellen Bedarf gemäss § 17 g BiG.

³Nach Vollendung des 35. Altersjahres bemisst sich das Ausbildungsstipendium nach dem finanziellen Bedarf gemäss § 17 g BiG.⁵

¹ AS 416.110

² Begründung siehe STRB Nr. 41 vom 13. Januar 2021.

³ vom 17. Juni 2020, LS 416.1.

⁴ vom 1. Juli 2002, LS 410.1.

⁵ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

- b. bei Ausbildungswechsel Art. 4 ¹ Bei einem Ausbildungswechsel gemäss § 17 f Abs. 1 BiG⁶ beträgt das Ausbildungsstipendium während des ersten Jahres der neuen Ausbildung 80 Prozent des finanziellen Bedarfs gemäss § 17 g BiG für die Beitragsperiode, die der neuen Ausbildung unmittelbar vorausgeht.
- ² Massgebend ist der für die vorausgehende Beitragsperiode geltende begründete positive Entscheid der für das Bildungswesen zuständigen Direktion des Kantons.
- ³ Bei einem Ausbildungswechsel gemäss § 17 f Abs. 1 BiG nach Vollendung des 45. Altersjahres bemisst sich das Ausbildungsstipendium nach dem finanziellen Bedarf gemäss § 17 g BiG.⁷
- Ausbildungszuschüsse
a. anerkannte Ausbildungen Art. 5 Ausbildungszuschüsse werden für Ausbildungen gemäss Anhang Ziff. 1 ausgerichtet.
- b. Anspruch Art. 6 ¹ Ein Anspruch auf Ausbildungszuschüsse besteht, wenn die selbst finanzierten Schul- und Studiengebühren die anerkannte Pauschale zu § 21 lit. b VAB⁸ um mindestens Fr. 400.– übersteigen.
- ² Der Selbstfinanzierung gemäss Abs. 1 ist die Finanzierung durch gesetzlich verpflichtete Privatpersonen gemäss Art. 2 Abs. 1 Stipendienverordnung gleichgestellt.
- ³ Die Schul- und Studiengebühren und die Selbstfinanzierung sind nachzuweisen.
- c. Bemessung Art. 7 ¹ Der Ausbildungszuschuss bemisst sich in der Regel nach der Differenz zwischen den selbst finanzierten Schul- und Studiengebühren und der anerkannten Pauschale zu § 21 lit. b VAB⁹.
- ² Weist das Ausbildungsinstitut die Auslagen für Lehrmittel nicht separat aus, bemisst sich der Ausbildungszuschuss nach der Differenz zwischen den selbst finanzierten Schul- und Studiengebühren und der Summe der anerkannten Pauschalen zu § 21 lit. a und lit. b VAB.
- ³ Mehrkosten nach Abs. 1 oder Abs. 2 werden bis zum Höchstbetrag gemäss Anhang Ziff. 1 ausgerichtet.
- Kommunale Zuschüsse Art. 8 Kommunale Zuschüsse werden gemäss Anhang Ziff. 2 ausgerichtet.

⁶ vom 1. Juli 2002, LS 410.1.

⁷ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

⁸ vom 17. Juni 2020, LS 416.1.

⁹ vom 17. Juni 2020, LS 416.1.

Art. 9¹⁰ ¹ Der Anspruch auf Ausbildungsstipendien und kommunale Zuschüsse entsteht ab Beginn der Beitragsperiode gemäss kantonalem Entscheid. Beitragsperiode
a. Beginn

² Für Personen ab Vollendung des 45. Altersjahres entsteht der Anspruch auf Ausbildungsstipendien und kommunale Zuschüsse mit dem Beginn des Ausbildungsjahres.

³ Der Anspruch auf Ausbildungszuschüsse entsteht ab Beginn des Ausbildungsjahres.

Art. 9a¹¹ ¹ Die Beitragsperiode endet in der Regel mit dem letzten Tag des Monats, der dem folgenden Ausbildungsjahr vorangeht. b. Ende

² Bei unterjährigen Ausbildungen und im letzten Ausbildungsjahr endet die Beitragsperiode in der Regel am Ende des Monats, in dem der letzte Ausbildungstag stattfindet.

³ Bei Unterbruch oder Abbruch der Ausbildung endet die Beitragsperiode am Ende des entsprechenden Monats.

C. Verfahren

Art. 10 ¹ Die Eingabefrist beträgt:¹² Eingabefrist

- a. 60 Tage ab Datum des die Gesuchsperiode betreffenden Entscheids der für das Bildungswesen zuständigen Direktion des Kantons für Gesuche gemäss Art. 10 Abs. 2 Stipendienverordnung;
- b. sechs Monate ab Beginn des Ausbildungsjahres für Gesuche gemäss Art. 10 Abs. 3 Stipendienverordnung.

² Für die Wahrung der Eingabefrist ist der Zeitpunkt massgebend, in dem die elektronische Bestätigung des Laufbahnzentrums ausgestellt wird.

³ Auf verspätete Gesuche wird nicht eingetreten.

⁴ Die versäumte Frist kann wiederhergestellt werden, wenn der gesuchstellenden Person keine grobe Nachlässigkeit zur Last fällt und sie das Gesuch innert 30 Tagen seit Wegfall des Grundes, der die rechtzeitige Einreichung des Gesuchs verhindert hat, nachreicht.

¹⁰ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

¹¹ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

¹² Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

Gesuche bei
Ausbildungs-
wechsel

Art. 11 Dem Gesuch um Ausbildungsstipendien gemäss Art. 6 Abs. 2 Stipendienverordnung sind folgende begründete Entscheide der für das Bildungswesen zuständigen Direktion des Kantons beizulegen:

- a. der abweisende Entscheid für die Gesuchsperiode;
- b. der positive begründete Entscheid für die vorausgehende Beitragsperiode.

Verfügung und
Rechtsmittel

Art. 12 ¹ Das Laufbahnzentrum entscheidet insbesondere über:

- a. die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen;
- b. die Anpassung des Entscheids gemäss lit. a aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse;
- c. die Rückforderung unrechtmässig bezogener Ausbildungsbeiträge;
- d. die Gewährung von Zahlungserleichterungen und Erlass.

² Gegen Entscheide des Laufbahnzentrums kann innert 30 Tagen beim Stadtrat eine Neubeurteilung verlangt werden.

D. Auszahlung

Art. 13 Für das Berufsvorbereitungsjahr an der Fachschule Viventa kann die Auszahlung der Ausbildungszuschüsse an die Schule erfolgen.

E. Rückzahlung und Rückerstattung¹³

Ratenzahlung

Art. 14¹⁴ ¹ Für die Ratenzahlung gilt keine Mindesthöhe.

² Die erste Jahresrate wird am 31. Dezember des Jahres fällig, das dem Abschluss oder Abbruch der Ausbildung folgt.

Rückzahlung
von Darlehen

Art. 15 Darlehen für Kurse, die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen vorbereiten, werden nach Ablauf eines Jahres nach Abschluss oder Abbruch der Ausbildung fällig.

Rückerstat-
tungspflicht

Art. 15a¹⁵ ¹ Die auszubildende Person ist ab dem Zeitpunkt zur Rückerstattung ausbezahlter Beiträge verpflichtet, ab dem der Anspruch auf Ausbildungsbeiträge gemäss Art. 9a weggefallen ist.

¹³ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

¹⁴ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

¹⁵ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

² Keine Rückerstattungspflicht besteht in der Regel für Ausbildungszuschüsse, die bereits an die auszubildende Person ausbezahlt worden sind.

³ Der Verzicht auf eine Rückerstattung gemäss Abs. 2 ist ausgeschlossen, wenn die gesuchstellende Person:

- a. unwahre oder unvollständige Informationen erteilt hat;
- b. massgebliche Tatsachen verschwiegen oder nicht gemeldet hat.

F. Evaluation

Art. 16 ¹ Die Evaluation zeigt insbesondere die Wirksamkeit der Evaluation Ausbildungsbeiträge auf.

² Die Erhebung umfasst maximal die fünf auf den Abschluss oder Abbruch der Ausbildung folgenden Kalenderjahre.

³ Die Berichterstattung über die Wirksamkeit der Ausbildungsbeiträge erfolgt einmal pro Legislaturperiode.

Art. 17 Das Laufbahnzentrum kann die aktuellen Adressen der Adress- Personen, denen Ausbildungsbeiträge ausgerichtet wurden, bei auskünften der zuständigen Behörde erheben.

G. Schlussbestimmungen

Art. 18 Die Richtlinien für die Bemessung von städtischen Aus- Aufhebung bis- bildungsbeiträgen vom 18. Juni 2008 (Städtische Stipendien- herigen Rechts richtlinien) werden aufgehoben.

Art. 19 Diese Ausführungsbestimmungen treten am 1. Januar Inkrafttreten 2021 in Kraft.

Anhang**Ausbildungszuschüsse und kommunale Zuschüsse****1. Ausbildungszuschüsse:
Anerkannte Ausbildungen und Höchstbeiträge¹⁶**

Fr./Ausbildungsjahr

1.1	für Vorbereitungskurse auf Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung im Sinne von Art. 32 Verordnung über die Berufsbildung ¹⁷	4000
1.2	für Bildungsgänge an Höheren Fachschulen sowie für Kurse, die auf eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen vorbereiten	6000
1.3	für Berufsvorbereitungsjahre	1800
1.4	für Vorbereitungskurse auf einen kantonally anerkannten Abschluss auf Sekundarstufe I	8000

2. Kommunale Zuschüsse: Pauschalen

2.1	für junge Erwachsene (19.–25. Altersjahr)	1200
2.2	für Erwachsene (ab 26. Altersjahr)	1800

¹⁶ Fassung gem. STRB Nr. 568 vom 22. Juni 2022; Inkrafttreten 1. August 2022.

¹⁷ vom 19. November 2003, SR 412.101.